

Erfahrungen eines Wahlkämpfers

Sich als Kandidat inhaltlich zu positionieren und im besten Licht zu vermarkten, ist nur ein Aspekt des Wahlkampfes. Als Kandidierender macht man unerwartete, aber interessante Erfahrungen.

Im Hinblick auf die Wahl von Behörden wie diesen Herbst werden vor allem Inserate und Plakate im öffentlichen Raum sichtbar. Zunehmend digitale Bewerbungen auf Social Media. Was für die Öffentlichkeit verborgen bleibt, davon schreibe ich nun.

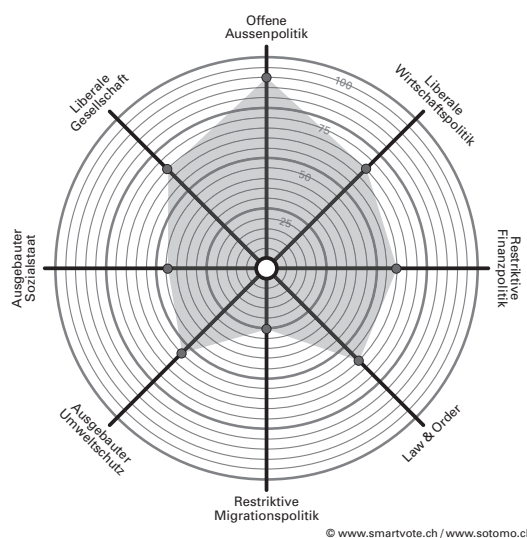
Wie smart ist smartvote?

Angesichts der Vielzahl von Parteien, Kandidierenden und Positionen ist es nachvollziehbar, ein einfaches Orientierungsmodell zu suchen. Die Plattform «smartvote» tut dies auf clevere Art und Weise: Anhand von 75 Fragen definieren die Kandidierenden ihr Profil, und die Wählerinnen und Wähler können erkennen, welche Politiker und Politikerinnen ihnen bei diesen Themen am nächsten liegen.

Eigentlich ist es auch für die Befragten eine gute Gelegenheit, sich auf die Probe zu stellen, und klare Antworten zu geben. Nur: die meisten Fragen drehen sich um aktuelle und anstehende Entscheidungen. Sie sind sehr im Jetzt verhaftet. Wenige Fragen gehen in die Zukunft. Und keine Frage holt das Potenzial an Innovationskraft ab, das in einer Kandidatin schlummert oder die zunehmend wichtige Fähigkeit, Brücken zu bauen zwischen Extrempositionen, zu vermitteln und Allianzen zu schmieden. Solche Fähigkeiten sind zunehmend wichtig – sie bilden sich aber nicht in einem smartvote-Profil ab.

Umgarnt und eingebunden

Man weiss: Einmal gewählt, werden Mitglieder von National- und Ständerat von Interessengruppen umschwärmt. Sich einerseits fachlich durch spezialisierte Verbände informieren zu lassen, was wichtig ist, andererseits aber die persönliche Unabhängigkeit zu wahren, ist eine Gratwanderung. Die Freiheit, nach eigenem Wissen und Gewissen



Fiktives Profil, nur zur Illustration

abzustimmen, bringt die Bundesverfassung im Instruktionsverbot zum Ausdruck: «Die Mitglieder der Bundesversammlung stimmen ohne Weisungen.» (Art. 161 Abs. 2 BV). Soweit so gut.

Jedoch werden wir Kandidierende schon lange vor den Wahlen umgarnt. Wöchentlich locken Angebote: Man würde mich bewerben, wenn ich an der Umfrage teilnehme und diese im Sinne des Verbandes ausfülle. Die Vielfalt ist gross. So erhielt ich bisher von folgenden Gruppierungen und Organisationen solche Umfrageangebote: Bio-suisse, Schweizer Musikrat, Alzheimer Schweiz, Economiesuisse, Dachverband Komplementärmedizin, Verkehrsclub der Schweiz, WWF, Schweizer Allianz Gentechfrei, Federation Moto Schweiz, Digitale Gesellschaft, Bedingungsloses Grundeinkommen, Verband Deutschschweizer Ärztgesellschaften, Klimastreik Schweiz, Schweizer Berufsverband der Pflegefachpersonen, Pro Infirmis, Pro Tell, Heilsarmee. Weitere werden folgen.

Die Absicht ist klar: Entweder ist man nicht linientreu und deshalb nicht empfehlungswürdig. Oder man wird bereits vor der Wahl eingebunden. Einmal im Rat, wird man dann bei Abstimmungen im National- und Ständerat an diese Umfrage erinnert und in der Meinungsbildung eingeschränkt. Das ist nicht das, was ich mir unter einer unabhängigen

Meinungsbildung vorstelle. Konsequenterweise habe ich im Interesse meiner Unabhängigkeit an keiner dieser Umfragen teilgenommen.

Dankbare Direktgespräche

Im Gegensatz zu diesen allgemeinen Umfragen ist die Erfahrung im direkten Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern wohlthuend. Es gehört zum Wahlkampf, in diesen Wochen als Kandidat vermehrt «auf die Strasse» zu gehen. Reminiszenz dazu: Vor Jahren, während meines zweiten Regierungswahlkampfes, hat eines unserer Kinder dazu ängstlich kommentiert: «Papa, wänn du uf d'Strooss gohst, wirsch du jo überfaahre!». Zwar kostet es mich jeweils Überwindung, mich öffentlich selber zu bewerben. Sobald ich ins Gespräch komme, wird es aber natürlich. Und die Erfahrung ist fast nur positiv: Klar gibt es Desinteressierte, äusserst selten aber abschätzigte Bemerkungen. Die Offenheit und Bereitschaft zum Gespräch überwiegen. Wenn das repräsentativ wäre, müsste die Beteiligung an den Wahlen über 80% betragen. Wird es nicht. Aber zu wünschen ist, dass klar mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten ihr Recht wahrnehmen, unser nationales Parlament, unsere Vertretung bei der Gesetzgebung zu wählen.

Matthias Michel

Quelle: www.smartvote.ch